

Prof. Dr. Ulrich Mückenberger

Produktionsverflechtung und Risikoverantwortung

Verfassungsfragen zur Neufassung
von § 116 AFG



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Gliederung

Kapitel I:

Fragestellung und Untersuchungsansatz	11
---	----

Kapitel II:

Stadien eines Gesetzgebungsprozesses	17
<i>I. Das Unbehagen am Arbeitskampfrecht</i>	<i>17</i>
<i>II. § 116 AFG im legislatorischen Prozeß</i>	<i>20</i>
1. Der »Entwurf Dr. Faltlhauser«	20
2. »Klarstellung« oder Veränderung der Rechtslage?	22
a) § 116 AFG von 1969 – b) Die Neutralitäts-Anordnung von 1973 – c) Das Urteil des Bundessozialgerichts vom 9.9.1975 – d) Die Urteile der Landessozialgerichte Bremen und Hessen während des Arbeitskampfes 1984 – e) Ergebnis: legislatorische Veränderung, nicht Klarstellung	
3. »Verteilungskampf zwischen Arbeits- und Sozialrecht“	31
4. Der Regierungsentwurf: statt eines Beeinflussungs- ein modifizierter Partizipationstatbestand	34
5. Gleich, ohne übereinzustimmen	38
<i>III. Das Ergebnis (Überblick)</i>	<i>46</i>

Kapitel III:

Die Reprivatisierung der Arbeitskampffolgen	49
<i>I. Zum Begriff des »Reproduktionsarrangements“</i>	<i>49</i>
<i>II. § 116 AFG im Kontext der neueren Entwicklung des Arbeitskampfrechts</i>	<i>50</i>
Übersicht	51
1. Suspension des Lohnanspruches aufgrund Arbeitskampf- beteiligung	51
2. Verlust des Lohn- und Lohnersatzanspruches aufgrund mittel- barer Arbeitskampf-betroffenheit	54
3. Fortbestand von Lohn- und Lohnersatzansprüchen bei Ar- beitskampf-betroffenheit außerhalb des fachlichen Tarifbe- reichs	61
4. Ein »Rechtsprechungswiderspruch“ zwischen Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit?	62
5. Kontrolle der Arbeitskampfbedingtheit der Betriebsstörung durch Betriebsrat und Arbeitsverwaltung	65
6. Verweis auf die Sozialhilfe?	68

Kapitel IV:

	Produktionsverflechtung und rechtliche Risikoverteilung	71
I.	<i>Zwischenergebnis</i>	71
	1. Annäherung des Rechts der Lohnersatzleistungen an dasjenige des Lohnanspruchs	71
	2. Entgrenzung und Privatisierung von Reproduktionsrisiken insbesondere infolge von Aussperrungen	73
II.	<i>Produktionsverflechtung und Risikoentwicklung</i>	74
	1. Unternehmerische Risikoexternalisierung als Hintergrund der zunehmenden Fernwirkungen von Arbeitskämpfen	74
	a) Subjektiv gerichtete Deutungen – b) Objektiv gerichtete Deutungen	
	2. Produktionsintegration und Risikoexternalisierung	75
	a) Wachsende ökonomische Interdependenz durch steigende gesellschaftliche bei sinkender betrieblicher Fertigungstiefe – b) Risikosteigerung und -verlagerung – c) Risikoexternalisierung – d) Bedeutung des Befundes für den weiteren Gang der Untersuchung	
	3. Exkurs: Indizien dafür, daß § 116 AFG eine »lex IG Metall« darstellt	88
	a) Der »typische« Anwendungsfall von § 116 AFG n. F. – b) Eine »lex IG Metall«? – c) Ein Gleichheitsverstoß?	
	4. Zum historischen Formwandel des Arbeitskampfes	91
	a) Industrieverbandliches Organisationsprinzip und Flächentarifverträge – b) Beziehung zwischen bezirklichen und bundesweiten Konfliktlösungsprozeduren – c) Enggeführter Schwerpunktstreik und kampfgbietausweitende Abwehraussperrung – d) Zusammenfassung	

Kapitel V:

	Verfassungsrechtliche Überprüfung der durch die Neufassung von § 116 AFG erfolgten Neuverteilung von Risiken	97
--	---	-----------

Abschnitt I:

	<i>Zusammenfassung und Überblick über die weitere Darstellung</i>	97
I.	<i>Zusammenfassung</i>	97
	1. Beeinflussung statt Partizipation als Kriterium der Risikoverteilung	98
	2. Reprivatisierung von Reproduktionsrisiken Versicherter	98
	3. Risikoherrschaft und Folgenverantwortung	100
II.	<i>Überblick über die weitere Darstellung</i>	102

Abschnitt 2:

Der grundrechtliche Schutz sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche 107

1. Eigentumsgarantie 107

2. Berufsfreiheit 108

Abschnitt 3:

Der verfassungsrechtliche Bestandsschutz des einzelgesetzlichen Reproduktionsarrangements bei Betriebsstörungen
(Teil 1: Nicht-arbeitskampfbedingte Betriebsstörungen) 110

Übersicht 110

I. Das Reproduktionsarrangement im Falle von Betriebsstörungen 113

II. Verfassungsrechtliche Risikozuweisung für betrieblich ausgelöste Störungen der Reproduktion von Arbeitnehmern unter Bedingungen kollidierender Grundrechte und des Sozialstaatsgebots 116

1. Schranken aspekt und Zuordnungsaspekt bei der Sozialbindung des Eigentums 118

a) Der Schranken aspekt – b) Der Zuordnungsaspekt – c) Die Anerkennung und Ausgestaltung des Zuordnungsaspekts durch das Bundesverfassungsgericht – d) Verfassungsrechtliche Gewährleistung des vor 1986 bestehenden Reproduktionsarrangements bei Betriebsstörungen?

2. Die Sozialbindung des unternehmerischen Eigentumsrechts im Hinblick auf das Reproduktionsarrangement bei Betriebsstörungen 127

a) Bestandsgarantie, Regelungsauftrag, Sozialpflichtigkeit – b) Eigentumsgarantie im Zuordnungskonflikt mit der sozialstaatlich interpretierten Berufsfreiheit von Arbeitnehmern – c) Zuordnungsgesichtspunkte des Bundesverfassungsgerichts – d) Gesetzgeberische Prärogative

3. Die Sozialpflichtigkeit der unternehmerischen Berufsfreiheit im Hinblick auf das Reproduktionsarrangement bei Betriebsstörungen 140

a) Berufsfreiheit und Selbstverwirklichung – b) Unternehmerische Berufsfreiheit unter Schranken aspekt – c) Unternehmerische Berufsfreiheit im Zuordnungskonflikt mit der sozialstaatlich interpretierten Berufsfreiheit von Arbeitnehmern – d) Gesetzgeberische Prärogative

4. Staatliche Verantwortung für von Produktionsstörungen betroffene Arbeitnehmer 145

III.	<i>Zwischenergebnis: Reproduktionsarrangement verfassungsrechtlich geboten</i>	148
	1. Das Reproduktionsarrangement als Resultat von Grundrechts-Zuordnung	149
	2. Der verfassungsrechtliche Bestandsschutz des Reproduktionsarrangements	150
	3. Möglicher Einfluß produktionsstruktureller Veränderungen	151

Abschnitt 4:

	<i>Der verfassungsrechtliche Bestandsschutz des einzelgesetzlichen Reproduktionsarrangements bei Betriebsstörungen (Teil 2: Arbeitskampfbedingte Betriebsstörungen)</i>	153
I.	<i>Das Reproduktionsarrangement bei arbeitskampfbedingten Betriebsstörungen</i>	154
	1. Das vor 1986 bestehende Reproduktionsarrangement bei arbeitskampfbedingten Betriebsstörungen	154
	2. Vorläufige Bewertung des vor 1986 bestehenden Reproduktionsarrangements	155
II.	<i>Einfach-gesetzliche Beschränkungen des Reproduktionsarrangements bei arbeitskampfbedingten Betriebsstörungen?</i>	157
	1. Bürgerlich-rechtlicher Ausschluß von Lohnansprüchen?	157
	2. Versicherungsrechtlicher Ausschluß von Lohnersatzansprüchen?	162
	3. Sozialhilfeanspruch unberührt	163
	4. Ergebnis: verfassungsrechtliche Legitimation für Einschränkung des Reproduktionsarrangements notwendig	163
III.	<i>Grundrechtspositionen von Arbeitgebern im Arbeitskampf</i>	163
IV.	<i>Gegenstand der verfassungsrechtlichen Prüfung</i>	166
V.	<i>Partizipation und Beeinflussung: Zur Kollisionsregel geeignete Regulierungsprinzipien?</i>	167
	1. Partizipation	168
	2. Beeinflussung	171
VI.	<i>Verfassungsrechtlich bedingte Modifikationen des normalen Reproduktionsarrangements im Arbeitskampffalle</i>	174
	1. Betrachtung des Zusammenwirkens von Einzelregelungen	174
	2. Mögliche Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber durch das normale Reproduktionsarrangement	175
	3. Mögliche Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber durch das bei arbeitskampfbedingten Betriebsstörungen geltende Reproduktionsarrangement	179
	4. Reproduktionsarrangement für arbeitskampfbedingte Betriebsstörungen als Regel praktischer Konkordanz	184

VII. Die verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber der Neuregelung von 1986	191
VIII. Ergebnis: Verfassungswidrigkeit oder Nichtigkeit von § 116 AFG n. F. und in welchem Umfang	193
1. Verfassungsverstöße der Neuregelung von § 116 AFG	193
2. Verfassungswidrigkeit oder Nichtigkeit?	194
Kapitel VI:	
Zusammenfassung in Thesen	195
1. Beeinflussung statt Partizipation als Kriterium der Risikoverteilung	195
2. Reprivatisierung von Reproduktionsrisiken Versicherter	196
3. Risikoherrschaft und Folgenverantwortung	197
4. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Neutralitätssicherungsgesetz	199
Literaturverzeichnis	205